

Gesundheitspolitik kein Thema?

Hamburg wählt

Von Dorthe Kieckbusch und
Sandra Wilsdorf

Im Bürgerschafts-Wahlkampf vor vier Jahren war Gesundheitspolitik eines der wichtigsten Themen für alle Parteien. Die Frage, ob der LBK verkauft werden sollte oder nicht, erregte die Gemüter und wurde in einem parallel zur Wahl durchgeführten Volksentscheid von der Mehrheit abgelehnt. Verkauft wurde er trotzdem. In diesem Wahlkampf kommt das Thema Gesundheitspolitik so gut wie nicht vor. Dabei werden auch in Hamburg in den nächsten Jahren viele Weichen neu gestellt. Das Hamburger Ärzteblatt hat Stimmen zur Gesundheitspolitik eingefangen. Welche Erwartungen haben Verbände und Kammern an einen neuen Senat? Worin sehen sie die dringlichsten Aufgaben?

Ein Problem, das niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zukünftig stärker beschäftigen wird, ist das der Verteilung im Stadtgebiet. Ärztekammerpräsident Frank Ulrich Montgomery betrachtet die zunehmende soziale Spaltung der Stadt mit Sorge. Sie hat mehr und mehr zur Folge, dass in einigen Vierteln kaum noch Ärztinnen und Ärzte sind, während sie sich in anderen Gegenden ballen. Er sieht hier die Politik in der Pflicht, gesetzliche Rahmenbedingungen anzupassen: „Es muss möglich sein, die hausärztliche Versor-



Auf 24. Februar ist es soweit: Hamburg hat die Wahl.

Versorgungsvielfalt

Ähnlich sieht es Klaus Schäfer, Vizepräsident der Ärztekammer. Er möchte, dass die Versorgungsvielfalt in der Hansestadt erhalten bleibt. Dazu müsse die Politik Fehlentwicklungen entgegensteuern. „Die Verhältnisse der Flächenländer können nicht eins zu eins auf eine Metropolregion wie Hamburg übertragen werden“, meint der Vorsitzende des Hausarztverbandes. Beispielsweise würde in den Budgets die Metropolfunktion der Großstadt nicht ausreichend berücksichtigt. „Den Hamburger Ärzten wird häufig vorgeworfen, zu

*„Ich bin meiner Überzeugung gefolgt, nicht der Mehrheit.
Die Quittung dafür kriegen wir in dreieinhalb Jahren – oder auch nicht.“*

(Zitat Bürgermeister Ole von Beust vom 7.7.2004 anlässlich der offiziellen Verkündung des Senatsentscheides zum LBK-Verkauf trotz anders lautendem Volksentscheid)

gung flächendeckend und wohnortnah zu erhalten. Es darf nicht sein, dass einige wenige Kollegen gesamte Stadtteile versorgen müssen. Die Hamburger Politik muss sich auf Bundesebene für eine Gesundheitsreform einsetzen, die langfristig eine stabile Finanzierungsgrundlage für das Gesundheitswesen schafft. Sie darf keine unsinnigen Reformen unterstützen, die Ärzten und Patienten mehr schaden als nützen.“

viel und zu teuer zu verordnen. Dabei ist das ganz normal, weil Hamburger Spezialisten viele Menschen versorgen, die aus dem Umland kommen.“

Dr. Michael Späth, Vorsitzender der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, erwartet vom neuen Senat „die Fortsetzung der ausgewogenen Gesundheitspolitik, die berücksichtigt, dass rund 97 Prozent der ambulanten Versorgung in Hamburg

durch niedergelassene Hausärzte, Fachärzte und Psychotherapeuten in hervorragender Weise sichergestellt wird. Dazu gehört auch, dass die Arbeitsbedingungen für Niedergelassene und Krankenhausärzte deutlich verbessert werden und sich der Hamburger Senat auf Bundesebene für das Ende der Budgetierung und Unterfinanzierung stark macht.“

Bessere Verzahnung

Ein großes Thema in der Gesundheitspolitik ist die Zusammenarbeit von ambulantem und stationärem Sektor. Hier sieht Prof. Dr. Jörg F. Debatin, Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) Aufgaben für die neue Regierung: „Wir erwarten vor allem, dass die gesetzlichen Vorgaben für eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung zum Wohle der Patienten konsequent umgesetzt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Senats sollte zudem darin bestehen, Hamburg als Standort der Gesundheitswirtschaft zu stärken.“

Und Dr. Claudia Spenk, Geschäftsführerin der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft (HKG), meint: „Die Krankenhäuser sind in der Versorgung der Bevölkerung unverzichtbar. Sie wollen sich zu modernen Gesundheitszentren weiterentwickeln. Die ambulante Versorgung bei seltenen und hoch spezialisierten Krankheiten in Krankenhäusern ist ein wichtiger Baustein. Diese neue Versorgungsform darf gerade in der Medizinmetropole Hamburg nicht fehlen. Für die Weichenstellungen in der Gesundheitspolitik auf der Bundesebene sollten sich unsere Vertreter Hamburgs für Rahmenbedingungen einsetzen, damit die Krankenhäuser ihre Patienten weiterhin auf höchstem medizinischem Niveau versorgen können. Das bedeutet mehr wettbewerbliche Handlungsfreiräume und größere Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum.“

Viele Erwartungen – was sagen nun die Parteien? Auch wenn die Gesundheitspolitik in diesem Wahlkampf nicht breit diskutiert wird, finden sich den Programmen der einzelnen Parteien Aussagen dazu. Für was stehen die Parteien? Was wollen sie verbessern, wo Schwerpunkte setzen? Das Hamburger Ärzteblatt gibt einen Überblick aus den Programmen von fünf Parteien (Seite 12).

Das neue Wahlrecht

Das neue Wahlrecht wird vermutlich bei einigen für Verwirrung sorgen. War vor einigen Monaten noch die Rede von „kumulieren“ und „panaschieren“, spricht die Bürgerschaft nun von „anhäufen“ und „verteilen“, was einen schon mal näher an die Sache heranzuführt. Eine große Kampagne mit Info-Bus, Plakaten und Schnupperwahllokalen in Einkaufszentren informiert über das neue Wahlrecht.

In Kürze: Ein Wahlberechtigter hat für die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft sechs Stimmen. Eine Stimme wird für die Partei abgegeben (Landeslisten), diese entscheidet über die Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Die verbleibenden fünf Stimmen entscheiden, welche Vertreter in die Bürgerschaft (Wahlkreislisten) kommen. Und diese Stimmen können (müssen aber nicht) auf mehrere Parteien oder Einzelbewerber verteilt oder angehäuft werden. Man kann die Landesliste wählen, wie die Partei diese selbst zusammengestellt hat, oder einzelne Kandidaten stärken, indem man ihnen mehrere Stimmen gibt. Da die Wählerinnen und Wähler so direkt die Zusammensetzung der Bürgerschaft beeinflussen können, spricht man von personalisiertem Verhältniswahlrecht.

Gleichzeitig mit den Wahlen zur Bürgerschaft finden auch die Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt – und hier gilt ebenfalls das neue Wahlrecht. Also erhält am 24. Februar jeder Wahlberechtigte vier Stimmzettel und kann zweimal 1 + 5 Stimmen abgeben. Noch Fragen? Auf der Homepage www.24-februar.de gibt es Antworten.

Partei	Zur Lage	Was wollen die Parteien?	LBK-Privatisierung	Drogenpolitik
CDU	Die CDU bemerkt, sie habe den „Gesundheitsstandort Hamburg qualitativ deutlich verbessert.“ Die 100.000 Beschäftigten in der Gesundheitsbranche finden ebenso Erwähnung wie der Neubau der ENDO-Klinik und die Krankenhausinvestitionen. Darüber hinaus habe man 339 Mio. € in den Ausbau des Universitätsklinikums Eppendorf (UKE) investiert.	<ul style="list-style-type: none"> • „Spitzenmedizin und Prävention voranbringen“ • In einem „Pakt für Prävention“ – bestehend aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sollen alle Aktivitäten stärker gebündelt und klare Ziele gesetzt werden • Die „ambulante und stationäre Medizin stärker miteinander verzahnen und die Bedeutung der Alten- und Krankenpflege ausbauen“ • Die Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern vorantreiben und „so die Stellung Hamburgs als Gesundheitsmetropole“ ausbauen • Über eine Stiftung für Opfer den Opferschutz weiter ausbauen 	Die CDU stellt fest, dass sie durch die Teil-Privatisierung den Landesbetrieb Krankenhäuser leistungsfähiger gemacht hat. Defizite seien abgebaut worden.	Die CDU habe ein bundesweit beachtetes Modellprojekt zur Behandlung Heroinabhängiger eingeführt. Die Suchtberatung mit fünf neuen Beratungsstellen für gefährdete Jugendliche sei ausgebaut und eine Forschungseinrichtung am UKE geschaffen worden. Die CDU hält fest, dass sie die ausstiegsorientierte Arbeit im Drogen- und Suchthilfesystem weiter verbessert habe und möchte dies künftig fortsetzen.
SPD	Die SPD betont, dass der Gesundheitssektor Chancen für Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung biete. Die SPD sieht aber die „aktive Teilhabe am Gesundheitswesen für Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Milieus nur unzureichend gegeben.“	<ul style="list-style-type: none"> • Den Gesundheitsmarkt ausbauen und damit die Wirtschaftskraft stärken, • „Alle gesundheitlichen Projekte daraufhin untersuchen, ob sie die Personengruppen erreichen und eine „Beschwerde- und Beratungsstelle für Gesundheitseinrichtungen einrichten“, • Einen Gesundheitsbericht, der Fehlentwicklungen auch in der Versorgung der einzelnen Stadtteile aufzeigen soll, • Keine Privatisierung des UKE. „Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf kann eines der modernsten Deutschlands werden. Die wirtschaftliche Konsolidierung darf nicht von der wissenschaftlichen Profilierung in Lehre und Forschung abgekoppelt werden. Das Universitätsklinikum und die medizinische Fakultät sind Teil der Universität und stehen in der gleichen wissenschaftlichen und akademischen Verantwortung.“ 	Die SPD konstatiert, dass die Privatisierung der städtischen Krankenhäuser gegen den Willen der Hamburger die Vermarktung der Interessen im Gesundheitswesen verschärft habe. Einsparungen würden nicht durch Effizienzsteigerung, sondern auf Kosten der Beschäftigten und zu Lasten von Qualität erzielt. Es sei eine Aufgabe der Stadt, die Einhaltung der gesetzlichen Qualitätsstandards zu sichern. Deshalb werde die SPD die letzten 25,1 Prozent am LBK nicht verkaufen.	Die SPD will vor allem Kinder und Jugendliche vor legalen Suchtstoffen wie Alkohol und Tabak schützen und fordert daher ein Rauch- und Alkoholkonsumverbot auf Spielplätzen. Die Partei spricht sich für die Weiterführung des Forschungsprojekts „Heroinvergabe“ an Schwerstabhängige aus mit dem Ziel, „Diamorphin als Arzneimittel in klar geregelter Rahmen zuzulassen“. Zudem möchte die SPD „ein Netzwerk zur Hilfe von Kindern drogenabhängiger Eltern begründen“ und das „Therapieangebot in den Vollzugsanstalten“ ausbauen.
GAL	Für die GAL gibt es besonders für Menschen in „sozial benachteiligten Stadtteilen“ Gesundheitsbelastungen. Der Zugang zur medizinischen Versorgung für Migranten sei erschwert. Die GAL sieht die „Klagen von ÄrztInnen und Pflegekräften über zu viel bürokratische Arbeit und zu wenig Zeit für die menschliche Zuwendung“ als berechtigt an.	<ul style="list-style-type: none"> • „Stadtteilorientierte Ansätze der Gesundheitsförderung gezielt unterstützen“ • Die Gründung von Gesundheitszentren fördern, in denen ambulante und stationäre Versorgung eng verzahnt sind • Die Verlagerung von Kassenarztsitzen begrenzen, um der „Unterversorgung mit FachärztInnen und PsychotherapeutInnen in den ärmeren Stadtteilen“ entgegenzuwirken • Das psychiatrische/psychotherapeutische Angebot für Kinder und Jugendliche in unterversorgten Stadtteilen ausbauen 	Die GAL kritisiert den Mehrheitsverkauf des ehemaligen Landesbetriebs Krankenhäuser scharf. Der Senat sei auf ganzer Linie gescheitert. Die GAL kritisiert das Übergehen des Volksentscheids, das wirtschaftlich schlechte Geschäft und die Untätigkeit des Senats hinsichtlich der Rückkehrwilligen. Die GAL fordert, „dass der Senat seiner Verantwortung gerecht wird und auf Management und Mehrheitsgesellschaften einwirkt.“	Die GAL setzt sich für die Weiterführung des Heroinmodells und seine Übernahme in die Krankenkassenfinanzierte Regelversorgung ein und will in den Haftanstalten den Spriztentauch wieder ermöglichen. Drogenabhängigkeit könne mit polizeilichen und justiziellen Mitteln nicht wirksam bekämpft werden. Partielle Legalisierung und/oder staatlich kontrollierte Drogenabgabe wolle die GAL unvoreingenommen prüfen.
FDP	Die FDP konstatiert, dass die „medizinische Versorgung der Patienten in Hamburg durch Krankenhäuser und Praxen“ sowohl in der Diagnostik als auch in der Therapie „auf hohem Niveau in guter Qualität“ erfolgt.	<ul style="list-style-type: none"> • „Die Rahmenbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Stärkung von Wettbewerb und Freiheit, einer verstärkten Vernetzung aller im Gesundheitsbereich tätigen Branchen ... für die überregionale Metropolregion Hamburg fortentwickeln“ • Den Zusammenschluss von einzelnen Kliniken unterstützen, aber die Trägervielfalt mit qualifizierten Belegkrankenhäusern erhalten • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, zwischen Fachärzten und Krankenhäusern 	Die FDP kritisiert die Privatisierungen der vergangenen Jahre, und macht deutlich, dass es Privatisierungen nicht um jeden Preis geben dürfe. Grundsätzlich möchte die FDP Wettbewerb herstellen und die Wettbewerbsbedingungen verbessern: „Privatisierung kann ein Element sein, um die Ziele zu erreichen.“	Für die FDP gilt der in der Drogenpolitik gilt der Grundsatz: „Alle Hilfe für Süchtige, alle Härte gegen Dealer“. Ziel aller Hilfs- und Therapieangebote für Süchtige sei der Ausstieg und die Freiheit von Drogen. Daher möchte sich die FDP auch weiterhin „für den Erhalt und die Neueinrichtung von dezentralen, szenenahen Hilfeeinrichtungen unter Einschluss von Gesundheitsräumen und die Fortführung des Modellprojektes einer heroingestützten Behandlung für Schwerstabhängige einsetzen.“
Linke	Die Linke sieht Hamburg als gesplante Stadt – „reich und sozial gespalten“. Teilhabe an der Gesundheitsversorgung werde mehr und mehr abhängig vom Einkommen sein.	<ul style="list-style-type: none"> • „Ein soziales, solidarisches und ökologisches Hamburg“, „das Arbeit für Alle sowie Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur- und Freizeit für Alle ermöglicht“ • Die geriatrische Versorgung ausbauen sowie die Versorgung von Demenzzkranken verbessern • „Wohnortnahe Gesundheitszentren, Kostenübernahme von Vorsorgeuntersuchungen über den Krankenkassenkatalog hinaus, kommunale Förderung und Unterstützung für Gemeinschaftspraxen in benachteiligten Stadtteilen für eine bessere Frauengesundheit“ 	Die Linke fordert einen Stopp von Privatisierungen und möchte bereits privatisierte Firmen rekommunalisieren. Die öffentlichen Finanzen seien durch den Verkauf des LBK massiv belastet worden. Die Linke befürchtet wegen der Unzufriedenheit der Mitarbeiter eine Massenabwanderung. Dieser solle mit einem umfassenden Konzept begegnet werden, ansonsten „muss ein Versorgungsnotstand befürchtet werden“.	Die Linke setzt auf „Hilfe statt Strafe“: Tausende junge Menschen in dieser Stadt würden täglich bespitzelt, belästigt und kriminalisiert, weil sie Drogen konsumieren. Gefängnisse seien ausgebaut, Hilfeeinrichtungen geschlossen worden. Die Partei fordert die Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen und will, dass Besitz und Erwerb von Drogen straffrei gestellt werden. Die Linken fordern daher „Therapieplätze statt Hafträume“.